
Rudolf Scharping

Zur Rolle einer demokratischen Armee in der Gesellschaft und im Bündnis - Bundeswehr vor neuen Aufgaben



Rudolf Scharping, geb. 1947 in Niederelbert/Westerwald, Studium von Politischen Wissenschaften, Jura und Soziologie in Bonn, ist seit 1995 stellv. Vorsitzender der SPD und seit 1998 Bundesminister der Verteidigung.

I.

Die Bundeswehr heute ist eine Armee im Einsatz. In Afghanistan sichert das deutsche Kontingent der internationalen Schutztruppe den Friedensprozess. Im Rahmen der Operation Enduring Freedom leisten 3900 Bundeswehrangehörige einen Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Etwa 1700 deutsche Soldaten gehören der SFOR in Bosnien-Herzegowina an. 4700 deutsche Soldaten verrichten ihren Dienst im Rahmen der KFOR im Kosovo und in Mazedonien und weitere 600 sind bei der Task Force Fox in Mazedonien, wo die Bundeswehr im September 2001 erstmals die Führungsrolle bei einer Operation übernommen hat. In Georgien nehmen 11 deutsche Soldaten an der UN-Beobachtermission teil. Und nicht zuletzt unterstützt die Bundeswehr die USA im Rahmen des von der NATO festgestellten Bündnisfalls durch Beteiligung an Luftraumüberwachungseinsätzen in den USA, am Marineeinsatz im östlichen Mittelmeer und durch Sicherung amerikanischer Einrichtungen in Deutschland. Insgesamt befinden sich nahezu 10 000 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Deutschland ist heute mehr denn je nicht nur Konsument, sondern einer der wichtigsten Produzenten von Sicherheit und Stabilität in Europa und darüber hinaus.

Es hat sich hierbei einer konsequenten Politik des Interessenausgleichs und des Multilateralismus verschrieben. Daher können wir unsere Interessen mit dem angemessenen Selbstvertrauen wahrnehmen, ohne Misstrauen und Ressentiments unserer Nachbarn und Partner zu wecken.

II.

Deutschland hat in besonderem Maße von den epochalen Veränderungen am Ende des alten Jahrhunderts profitiert. Als bevölkerungsreicher und wirtschaftlich leistungsfähiger Staat liegen wir heute in der Mitte eines durch NATO und EU geprägten Stabilitätsraumes. Hierdurch ist die deutsche Verantwortung für den europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit, des Rechts und des Wohlstands weiter gewachsen. Unsere Nachbarn knüpfen legitime Erwartungen an Art und Umfang des deutschen Beitrags zur internationalen Friedens- und Stabilitätssicherung. Gleichzeitig sehen wir uns aber neuen Gefährdungen und komplexen und weniger berechenbaren Risiken gegenüber.

Krisen, Konflikte und Gewalt bleiben in Europa, wie auch im globalen Rahmen, Realität. Ihr Charakter hat sich aber erheblich gewandelt. Die Ereignisse des 11. September 2001 haben noch einmal schlaglichtartig die veränderten strategischen Bedingungen unserer Außen- und Sicherheitspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts verdeutlicht. Sie waren ein Weckruf für diejenigen, die noch zu sehr in den Denk- und Verhaltensmustern des alten Ost-West-Konflikts verhaftet sind und sich zu wenig an den Erfordernissen einer zeitgemäßen Sicherheitspolitik orientieren. Und sie sind eine Mahnung an diejenigen, die glauben, Deutschland könne auf Investitionen in eine umfassende Sicherheitsvorsorge verzichten.

Zeitgemäße Sicherheitspolitik ist mehr als Abschreckung und Verteidigung. Sie muss neben politischen auch ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Dimensionen berücksichtigen und sich an einem umfassenden Verständnis von Sicherheit ausrichten. Nur so können die tieferen Ursachen und Erscheinungsformen von Krisen und Konflikten erkannt werden und kann ein breites Spektrum von Instrumenten entwickelt werden, um ihnen zu begegnen.

Dabei muss die Prävention im Mittelpunkt der Politik der Friedenssicherung stehen, um vorausschauend Krisen zu entschärfen. Wo Krisen und Konflikte nicht im Ansatz verhindert werden konnten, muss ein Instrumentarium zur Eindämmung und Bewältigung vorhanden sein, das auch militärische Mittel umfasst. Zu den Erkenntnissen zeitgemäßer Sicherheitspolitik gehört außerdem, dass es keine autarken Inseln der Stabilität mehr gibt und Sicherheit weniger denn je allein nationalstaatlich gewährleistet werden kann. Sicherheit und Stabilität sind eine gemeinsame Aufgabe geworden. Deshalb braucht Deutschland Bündnisse, Partner und effektive internationale Kooperation.

Auch dem Terror müssen auf diese Weise enge Grenzen gezogen werden. Der internationale Terrorismus ist eine Bedrohung der gesamten Zivilisation und der Werte, auf denen die Gemeinschaft der Staaten gründet. Deshalb war es so wichtig, dass sich die NATO, die Vereinten Nationen und die Europäische Union einmütig dieser Herausforderung gestellt haben. Der Globalisierung des Terrors kann nur gemeinsam begegnet werden.

Zugleich ist einmal mehr deutlich geworden, dass Deutschland auf Investitionen in eine umfassende Sicherheitsvorsorge und auf die konsequente Umsetzung der Erneuerung der Bundeswehr nicht verzichten kann. Denn leistungsfähige Streitkräfte sind notwendiger Teil unserer Handlungsoptionen. Gerade weil die Gefährdungen in der Zukunft in so verschiedenartiger Form auftreten können, dürfen wir die Möglichkeiten der Streitkräfte nicht auf wenige Szenarien einengen. Diese müssen stattdessen über vielfältige Fähigkeiten für ein breites Aufgabenspektrum verfügen.

Dem folgt die umfassende Anpassung der NATO an die neuen sicherheitspolitischen Bedingungen, wie sie im neuen Strategischen Konzept von 1999 festgelegt wurde und die Entwicklung der Handlungsfähigkeit der Europäer in der NATO und in der Europäischen

Union. Die daraus abgeleiteten Streitkräfteziele sind die Grundlage für die Reform der Bundeswehr.

III.

Nicht erst die terroristischen Angriffe auf New York und Washington, sondern bereits die Einsätze auf dem Balkan haben uns in aller Deutlichkeit vor Augen geführt, wie richtig und notwendig die Anpassung unserer Streitkräfte an die veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen ist.

Wir benötigen rasch verfügbare, einsatzbereite und durchhaltefähige Truppenteile für ein breites Spektrum unterschiedlicher Anforderungen, mit moderner Bewaffnung und Ausrüstung, einer leistungsfähigen Führungsorganisation für multinationale und teilstreitkraftübergreifende Einsätze und nicht zuletzt hoch qualifiziertes, flexibles und motiviertes Personal.

Die bereits angelaufene Neuausrichtung der Bundeswehr zielt auf all diese Fähigkeiten ab und deshalb ist es heute wichtiger denn je, diese größte Reform der Bundeswehr in ihrer Geschichte ohne jede Abstriche zügig umzusetzen. Vielmehr ist vor dem Hintergrund möglicher weiterer Einsätze die Dringlichkeit einzelner Maßnahmen noch erhöht worden. Zu ihrer Realisierung hat die Bundesregierung zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Damit hat sie ein klares Signal an die Verbündeten gegeben, dass wir willens und in der Lage sind, den im Rahmen des Bündnisfalls von uns erwarteten Beitrag zu leisten und die Vereinigten Staaten von Amerika in ihrem Kampf gegen den internationalen Terror zu unterstützen.

Unsere außenpolitische Handlungsfähigkeit und eine Politik gemeinsamer Sicherheit verlangen konkrete Beiträge zur Friedenssicherung. Sie erfordern die Fähigkeit zur Solidarität in der Wahrnehmung sicherheitspolitischer Aufgaben. Genau dies werden wir mit der größten Reform in der Geschichte der Bundeswehr erreichen.

Die Reform ist eine Investition in drei Säulen: in Menschen, in Material, Ausrüstung und Fähigkeiten und in Wirtschaftlichkeit. Ihre Umsetzung ist auf gutem Wege. Wir schaffen eine moderne, eine leistungsfähige und attraktive Bundeswehr, die ihre Aufgaben innerhalb von NATO, EU und VN erfüllen und einen wichtigen Beitrag zur Friedenspolitik Deutschlands leisten kann.

Die Bundeswehr wird moderat verkleinert und dabei leistungsfähiger. Die Konzentration auf die Einsatzaufgaben und ein konsequenter streitkräftegemeinsamer Ansatz stehen im Mittelpunkt. Dabei wird der Umfang der Einsatzkräfte für Krisenmanagementaufgaben verdreifacht.

Die Führungsorganisation wird umgestaltet und gestrafft. Einsätze im Ausland werden künftig durch ein für alle Teilstreitkräfte gemeinsames Einsatzführungskommando geplant und geführt.

Das Material- und Ausrüstungskonzept wurde bereits verabschiedet. Die Modernisierung des Materials geht zügig voran. In diesem Jahr wurde bereits eine Fülle von wichtigen Projekten auf den Weg gebracht. Die Bundeswehr erwirbt zielgerichtet fehlende Schlüsselfähigkeiten beim strategischen Transport, bei der Aufklärungs- und Führungsfähigkeit und in anderen Bereichen, die für Streitkräfte im Einsatz unerlässlich sind.

Zahlreiche Attraktivitätsmaßnahmen wurden eingeleitet. Sie reichen von verbesserten Beförderungsmöglichkeiten über die Neuordnung der Unteroffizierslaufbahn bis hin zu

Besoldungsverbesserungen. Damit haben wir mehr Möglichkeiten geschaffen, qualifiziertes Personal für diese Laufbahnen zu gewinnen.

Die umfassende Qualifizierungs- und Bildungsoffensive für Unteroffiziere und Mannschaften sowie die Ausbildungskooperation mit Wirtschaftsunternehmen und -verbänden wird entschlossen umgesetzt. Die Bundeswehr bestätigt damit ihren Ruf als ausbildungsfreundlichstes Unternehmen in Deutschland.

Das Bundeswehr-Neuausrichtungsgesetz und das sechste Besoldungsänderungsgesetz sind weitere Schlüsselemente der Reform. Mit ihnen haben sich die beruflichen Perspektiven und die Besoldung der Soldaten verbessert. Die unausgewogene Altersstruktur der Berufssoldaten kann jetzt bereinigt werden. Der Wehrdienst wurde verkürzt und neu gestaltet.

Der Tarifvertrag vom 18. Juli 2001 enthält weitreichende Regelungen, um die vielen Veränderungen, von denen das Zivilpersonal betroffen ist, sozialverträglich zu gestalten. Er unterstreicht, dass die Bundeswehr nicht nur der größte und investitionsstärkste Arbeitgeber Deutschlands ist, sondern auch der sozial sicherste in Zeiten des Umbruchs.

Dies ist mehr als nur ein erfreulicher Sachverhalt. Denn wir dürfen nicht übersehen, dass die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr nicht allein durch Strukturen und Ausrüstung bestimmt wird, sondern ganz wesentlich durch Ausbildung, Zufriedenheit und Motivation ihrer Angehörigen.

Der Haushalt 2002 gewährleistet, dass die Reform der Bundeswehr planmäßig umgesetzt werden kann. Er eröffnet uns weit reichende Möglichkeiten, völlig neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Damit wird sowohl der Konsolidierung der Staatsfinanzen Rechnung getragen, als auch dauerhaft zusätzlicher Investitionsspielraum eröffnet. Zudem gibt er uns Planungssicherheit für die kritischen Jahre 2002 bis 2006.

Gerade die jüngsten Ereignisse haben uns deutlich vor Augen geführt, wie schnell uns die Wechselfälle der Geschichte treffen können. Der Staat hat unabhängig von aktuellen Entwicklungen eine langfristige und weitreichende Sicherheitsvorsorge zu treffen. Der Schutz Deutschlands und seiner Bürger und die Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung in der Nordatlantischen Allianz sind auch im veränderten sicherheitspolitischen Umfeld des 21. Jahrhunderts zu erhalten.

Die Allgemeine Wehrpflicht gibt uns die Flexibilität, auf neuartige Herausforderungen umfassend zu reagieren, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Die Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands. Sie ist zugleich ein zentrales Reformvorhaben der Bundesregierung, die sich mit dem Regierungsprogramm „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“ zum Ziel gesetzt hat, Deutschland fit für das 21. Jahrhundert zu machen. In der globalisierten Welt der grenzüberschreitenden Herausforderungen und Chancen und des internationalen Wettbewerbs um Standortvorteile kann Deutschland nur mit einem leistungsfähigen Staatswesen bestehen. Dazu gehören moderne und leistungsstarke Streitkräfte einschließlich einer modernen Verwaltung.

Diese Reform ist nun unumkehrbar. Sie steht konzeptionell wie finanziell auf einem stabilen Fundament. Die Bundesregierung hat durch ihre Beschlüsse zur inneren und äußeren Sicherheit erneut bewiesen, dass sie alles Notwendige tut, was die Sicherheit unseres Landes erfordert.

Die Reform der Bundeswehr ist der einzige Weg, damit Deutschland seine Bündnisfähigkeit, wie sie in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien, in Afghanistan und im gemeinsamen Kampf gegen den global operierenden Terrorismus erforderlich ist, erhalten

kann. Und sie ist der einzige Weg, der den Angehörigen der Bundeswehr eine sozial sichere und beruflich attraktive Zukunft bietet.

IV.

Die Bundeswehr ist ein fester und selbstverständlicher Bestandteil der Gesellschaft und der staatlichen Ordnung und führt den Dialog mit allen Bereichen unserer Gesellschaft und somit auch mit den Gewerkschaften. Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr findet auf der Grundlage der „Gemeinsamen Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Bundeswehr“ vom 2. Juli 1981 statt.

Darin wurde das gemeinsame Ziel festgelegt, den freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erhalten und zu schützen. Bei den Themen Schutz der Grundrechte, Ausgestaltung der allgemeinen Wehrpflicht, Fragen des Arbeitsmarktes und der Erwachsenenbildung kommt es zu vielfältigen Ansatzpunkten für Begegnungen und Verbindungen.

Die Beziehungen zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften entwickelten sich in der Bundesrepublik nur langsam und nicht ohne Irritationen und gegenseitiges Misstrauen. Während die gewerkschaftliche Einbindung der zivilen Angehörigen der Bundeswehr von Anfang an ganz selbstverständlich war, gab es im Verhältnis der Streitkräfte zu den Gewerkschaften manche Vorbehalte. Schließlich hatten große Teile der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie die Aufstellung der Bundeswehr zunächst abgelehnt. Weitsichtige Männer wie Fritz Erler, Helmut Schmidt und Georg Leber vertraten jedoch eine andere Auffassung. Ihre Vorstellung von Streitkräften in der Demokratie hat die Konzeption der Inneren Führung mit ihrem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform maßgeblich beeinflusst.

Nicht zuletzt das Verdienst dieser Männer aus Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist es, dass die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und die Aussöhnung zwischen Gewerkschaften und Streitkräften gelingen konnte. Sie konnten sich dabei auf Julius Leber berufen. Als Soldat und Arbeiterführer setzte er sich in der Weimarer Republik für eine dem republikanischen Geist verpflichtete Reichswehr und für eine Annäherung zwischen Militär und Arbeiterschaft ein. Er wurde später zu einem unerschrockenen Widerstandskämpfer gegen das nationalsozialistische Regime. Julius Leber hat heute einen bedeutenden Platz im Traditionsverständnis der Bundeswehr.

Das Selbstverständnis der Angehörigen der Bundeswehr wird heute und in Zukunft von soldatischen und staatsbürgerlichen Werten bestimmt. Die Soldaten und zivilen Mitarbeiter nehmen als Staatsbürger am öffentlichen Leben teil wie andere auch. Damit sie ihre Aufgaben als Instrument der Politik wirksam erfüllen kann, unterliegt die Bundeswehr jedoch Funktionsbedingungen, die zuweilen in einer Spannung zu den Lebensvorstellungen der zivilen Umwelt stehen. Die bewährten Grundsätze der Inneren Führung schaffen hier den Ausgleich.

Die Bundeswehr ist eine Armee in der Demokratie und für die Demokratie und ein Teil der Gesellschaft. Durch den hohen Personalaustausch und das geringe Durchschnittsalter ihrer Angehörigen werden die Streitkräfte unmittelbar mit gesellschaftlichen Veränderungen und neuen Strömungen konfrontiert und in den damit verbundenen Wandel einbezogen.

Leider dringen auf diese Weise jedoch auch problematische Einstellungen und Verhaltensweisen in die Bundeswehr ein, beispielsweise solche, die auf extremistischen und fremdenfeindlichen Gedanken beruhen. Sie stehen in krassem Gegensatz zu allem, wofür die Bundeswehr eintritt. Bei der Abwehr dieser Bestrebungen arbeiten die Streitkräfte auch mit

den zivilen Trägern der Politischen Bildung und mit gesellschaftlichen Initiativen wie dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ zusammen.

Die Bundeswehr trägt dazu bei, das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichstellung von Mann und Frau durchzusetzen. Nachdem seit Gründung der Bundeswehr Frauen in der Wehrverwaltung gemeinsam mit Männern Dienst tun und weibliche Soldaten seit über 25 Jahren im Sanitätsdienst eingesetzt sind, stehen ihnen seit Beginn des Jahres 2001 die Streitkräfte in allen Teilen und Laufbahnen offen. Weibliche Soldaten festigen die gesellschaftliche Verankerung der Bundeswehr.

Die Bundeswehr leistet einen wichtigen Beitrag für das Zusammenwachsen Deutschlands, indem sie junge Menschen aus Ost und West zusammenführt. Mehr als 600 000 Wehrpflichtige aus den neuen Ländern haben mittlerweile in der Bundeswehr gedient, etwa die Hälfte von ihnen im alten Bundesgebiet. Versetzungen von Zeit- und Berufssoldaten von West nach Ost und umgekehrt gehören schon lange zur Normalität des Truppenalltags.

In den neuen Ländern befinden sich zentrale Ausbildungseinrichtungen wie die Offizierschule des Heeres in Dresden, die Marinetechnikschule in Parow oder das moderne Gefechtsübungszentrum auf dem Truppenübungsplatz Altmark. Mit dem Einsatzführungskommando in Potsdam und dem Marineamt in Rostock sind inzwischen auch wichtige Führungseinrichtungen der Streitkräfte in Ostdeutschland beheimatet.

V.

Ein wesentlicher Pfeiler der großen Reform der Bundeswehr ist die innovative Zusammenarbeit mit Industrie, Wirtschaft und Handwerk. Durch diese strategische Partnerschaft nutzt die Bundeswehr die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft, um Effizienz und Wirtschaftlichkeit in den Streitkräften und ihrer Verwaltung zu erhöhen. Die Streitkräfte konzentrieren sich stärker auf ihre militärischen Kernaufgaben und nutzen ihre knappen finanziellen Ressourcen für dringend notwendige Investitionen.

Davon profitieren wiederum Industrie und Handwerk, denn Investitionen der Bundeswehr sichern und schaffen Arbeitsplätze.

Die verstärkte Kooperation mit der Wirtschaft, die Optimierung der Betriebsabläufe sowie die Reduzierung des Streitkräfteumfangs verringern den Bedarf an Zivilpersonal. Die sozialverträgliche Gestaltung der Veränderungen, von denen das Zivilpersonal betroffen ist, hat höchste Priorität. Hierzu wurde, neben zahlreichen internen Maßnahmen, mit dem Tarifvertrag vom 18. Juli 2001 Vorsorge getroffen. Die gefundene Regelung hat unterstrichen, dass die Bundeswehr auch in Zeiten tief greifender Veränderungen der sozial sicherste Arbeitgeber Deutschlands ist.

Die hierbei erfolgte konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften sollte auch künftig das gegenseitige Verhältnis bestimmen.